

Ausbau erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien sind die Basis für eine klimaverträgliche Energieversorgung und für einen schrittweisen Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Zum Ausgleich der schwankenden Einspeisung aus erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne müssen Stromnetze und Speicher ausgebaut werden. Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Ausbau von Wind- und Solarenergie stärker werden und auf einem hohen Niveau bleiben.

Wo stehen wir in der Energiewende?

Im Jahr 2019 lag der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung bei rund 17 Prozent (Wärmesektor 14 Prozent, Verkehrssektor 5 Prozent, Stromsektor 42 Prozent). Im Stromsektor macht den Großteil davon Wind- und Solarenergie aus. Die Bundesregierung strebt bis 2030 einen Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch an. Dieses Ziel ist auch gesetzlich verankert.

Mit Blick auf Strom haben wir also schon viel erreicht. Es bleibt aber noch viel zu tun, um das Erreichte aufrecht zu erhalten und im Energiesektor insgesamt – also auch bei Wärme und Verkehr – vorwärts zu kommen. Das wird nur mit einem sehr hohen Zubau bei Windenergieanlagen und Photovoltaik funktionieren. Dafür brauchen wir genügend Flächen, sowohl in der Stadt als auf dem Land und Meer.



Wie verbinden wir saubere Energie mit Guter Arbeit?

Die Arbeitsbedingungen in der Erneuerbare-Energien-Industrie bleiben bei vielen Unternehmen eine Schwachstelle. Es fehlt an Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung. Ein Beispiel: Fast 60 Prozent aller Betriebe, die nur der Windbranche zuzuordnen sind, haben keinen Tarifvertrag. Bei Windkraft-Unternehmen, die auch in anderen Branchen arbeiten, sind es nur etwa 8 Prozent¹. Das zeigt deutlich, dass Innovationen aus bestehenden Betrieben heraus gut für die Mitarbeitenden sind.

Hier muss ein Umdenken stattfinden. In tarifgebundenen Unternehmen der Windbranche ist die Arbeitsqualität durchschnittlich höher. So sind hier 35-Stunden-Verträge, geringere Leiharbeitsquoten, eine höhere Ausbildungsquote und strategische Personalplanung weiter verbreitet.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Förderung von erneuerbare Energie-Anlagen im Rahmen der EEG-Ausschreibungen an die Einhaltung von sozialen Standards gebunden wird, z. B. Gute Arbeit und Tarifbindung.

¹ Die Angaben beziehen sich auf eine Betriebsräte-Umfrage der IG Metall von 2020.

Betriebe ohne Tarifverträge in der Windbranche



Was ist mit der Infrastruktur?

Der Netzausbau muss immer noch aufholen, um den eingespeisten Strom aus erneuerbaren Energien dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird. Laut Bundesbedarfsplangesetz müssen etwa 5.900 km (Stand 2019) gebaut werden. Davon sind 4.600 km in Genehmigungsverfahren und 480 km gebaut.

Darüber hinaus fehlen Speicherkapazitäten. Ob über Pumpspeicherkraftwerke, Batterien, Wärmespeicher oder Wasserstoff— es bedarf diverser Formen von Speicherlösungen, um die Energiewende zum Erfolg zu bringen. Hier sind sowohl Forschung, als auch Marktanreizprogramme gefragt. Die Politik muss deshalb die Rahmenbedingungen so setzen, dass verlässlich in den Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern investiert werden kann: und das nicht nur von Unternehmen, sondern auch von Privatpersonen. Das schafft neue Arbeitsplätze und sorgt für eine positive wirtschaftliche Entwicklung.



Was haben erneuerbare Energien mit Wasserstoff zu tun?

Wasserstoff stellt einen zentralen Baustein für die Energiewende dar. Er kann dabei mithilfe unterschiedlicher Verfahren klimaneutral hergestellt werden. In Deutschland wird vor allem der „grüne Wasserstoff“ diskutiert. Grüner Wasserstoff wird durch die Verwendung von Strom hergestellt, der aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Vor allem in der Industrie (z.B. Stahl, Chemie) und in Teilen des Mobilitätssektors werden erneuerbare Energien in Form von Wasserstoff oder darauf aufbauenden Energieträgern (z. B. synthetische Kraftstoffe) gebraucht, um die Emissionen zu senken. Denn hier geht es um Anwendungen, deren Emissionen man mit Strom allein nicht oder nur sehr schwer senken kann.

Der Zubau von erneuerbaren Energien muss also auch die notwendigen Mengen an Wasserstoff mitdenken. Außerdem braucht es unterschiedliche Instrumente wie Förderung, Anreizprogramme, Quoten und Finanzierungshilfen zum Aufbau der Wasserstoffwirtschaft. Vor allem auch die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften muss im Mittelpunkt stehen: So kommen Kraftstoff und Fachkräfte von Morgen zusammen.

Wie wird der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert?

Aktuell wird der Ausbau über die sogenannte EEG-Umlage finanziert. Besser wäre es, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien über Steuermittel finanziert werden würde. Die Steuererhebung geht nach Leistungsfähigkeit und ist damit sozial gerechter als die Finanzierung über eine Umlage auf den Stromverbrauch. Denn der Stromverbrauch steigt nicht proportional mit dem Gehalt an. Einkommensschwächere Haushalte tragen so verhältnismäßig stärker zur Finanzierung bei. Die Politik hat endlich die Zeichen der Zeit erkannt und den Einstieg in eine steuerliche Finanzierung des EEG beschlossen. So werden Steuermittel aus den Einnahmen der CO₂-Abgabe auf fossile Kraftstoffe zur anteiligen Finanzierung des Ökostromausbaus eingesetzt. Doch das löst das grundsätzliche Problem noch nicht. Nur eine vollständige Steuerfinanzierung könnte hier eine sozial-gerechte Finanzierung schaffen.



Wie kann man sich bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien einbringen?

Der heutige Erfolg der erneuerbaren Energien ist auch auf das Engagement vieler Bürger*innen zurückzuführen, die sich Photovoltaik-Anlagen installiert oder an einer Energiegenossenschaft für den Ausbau von Windenergie beteiligt haben. Dieses Engagement muss wieder gestärkt werden. So gibt es auch von Betriebsräten initiierte Projekte auf Firmendächern. Um die Akzeptanz für erneuerbare Energien aufrechtzuerhalten, sollten außerdem auch Mieter*innen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe bekommen. Die gesetzlichen Regelungen sind hier oft bürokratisch und hinderlich für wichtige Projekte. Es wäre deshalb wichtig, dass es bessere Regelungen für die Beteiligung der Bürger*innen gibt.

V.i.S.d.P.

Stefan Körzell

Mitglied des DGB-Bundesvorstands

Kontakt

Frederik Moch

Abteilungsleiter Struktur-, Industrie-
und Dienstleistungspolitik

Frederik.Moch@dgb.de

Patrizia Kraft

Energiepolitik

Patrizia.Kraft@dgb.de